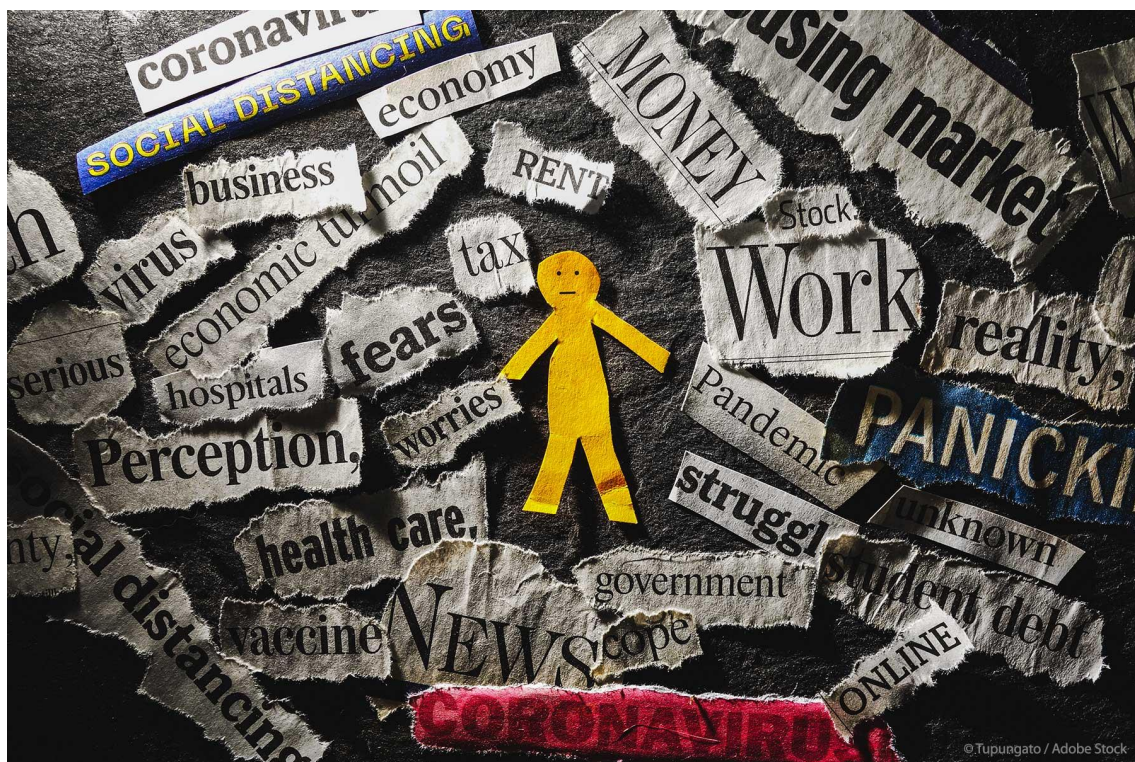


## Parlament fordert Maßnahmen zum Schutz der psychischen Gesundheit



© AdobeStock\_zimmytws

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments fordern Maßnahmen zum Schutz der psychischen Gesundheit, denn die Zahl der psychischen Probleme nimmt zu.

### Die Auswirkungen von COVID-19 auf die psychische Gesundheit

Die Pandemie und die anschließende Wirtschaftskrise haben die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden aller Bürgerinnen und Bürger stark belastet, mit einer zunehmenden Prävalenz von arbeitsbedingten psychosozialen Risiken und höheren Raten von Stress, Angst und Depression. Die psychische Gesundheit wird jedoch nicht in gleicher Weise als Priorität

behandelt wie die körperliche Gesundheit – so eine [Entschließung des Europäischen Parlaments zur psychischen Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt](#), die am 5. Juli 2022 angenommen wurde.

In einem [Bericht über die psychische Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt](#) des Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten wird darauf hingewiesen, dass 64 Prozent der jungen Menschen zwischen 18 und 34 Jahren im Jahr 2021 von Depressionen bedroht sind, was auf fehlende Beschäftigung, mangelnde finanzielle Möglichkeiten und Bildungsaussichten sowie Einsamkeit und soziale Isolation zurückzuführen ist.

**[Erfahren Sie mehr über EU-Maßnahmen für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit.](#)**



▶ **„Man kann nie genug tun“: Psychische Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt**  
[https://multimedia.europarl.europa.eu/en/you-can-never-do-enough-mental-health-in-the-digital-workplace\\_N01\\_AFPS\\_220701\\_MHDW\\_ev](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/you-can-never-do-enough-mental-health-in-the-digital-workplace_N01_AFPS_220701_MHDW_ev)

## Vorbeugung von arbeitsbedingten psychischen Gesundheitsproblemen

In der Entschließung werden die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, [das hohe Maß an arbeitsbedingten psychischen Problemen anzuerkennen](#) und Wege zu finden, um psychischen Problemen in der digitalen Arbeitswelt vorzubeugen. Zudem wird auch die Notwendigkeit unterstrichen, Gewalt, Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz zu beseitigen.

Die Abgeordneten fordern Rechtsvorschriften zur Festlegung von Mindestanforderungen für Telearbeit in der gesamten Union, ohne die Arbeitsbedingungen von Telearbeitern zu untergraben. Dabei könnte es sich um Arbeitsbedingungen handeln, mit denen sichergestellt wird, dass die Telearbeit freiwillig ist und dass die Rechte, die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, die Arbeitsbelastung und die Leistungsstandards im Rahmen von Telearbeit denen am Arbeitsplatz entsprechen.

Zudem werden flexible Arbeitszeiten gefordert, um arbeitsbedingten Stress zu mindern, ebenso wie Aufklärung über psychische Gesundheit und Schulungen für Arbeitgeber.

Außerdem schlägt das Parlament vor, das Jahr 2023 zum EU-Jahr der psychischen Gesundheit auszurufen, um die Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken.

Durch den jüngsten Bericht wird das Interesse des Europäischen Parlaments an der psychischen Gesundheit hervorgehoben. In einer Entschließung vom Juli 2020 zur Strategie der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Zeit nach der COVID-19-Pandemie erkannte das Parlament die psychische Gesundheit als ein grundlegendes Menschenrecht an und forderte einen EU-Aktionsplan zur psychischen Gesundheit.

Für das Jahr 2021 fordert es das [Recht, außerhalb der Arbeitszeit ohne negative Folgen nicht erreichbar zu sein](#).

## Weitere Informationen

[Briefing – Psychische Gesundheit und die Pandemie \(auf Englisch\)](#)

[Briefing – Wie gehen wir mit der Pandemie um? Psychische Gesundheit und Resilienz während der COVID-19-Pandemie in der EU \(auf Englisch\)](#)

[Telearbeit, unbezahlte Betreuungsarbeit und psychische Gesundheit während COVID-19](#)

[Abgeordnete des Europäischen Parlaments auf Newshub](#)